

**Beschluss- und Festlegungsprotokoll der digitalen Sitzung
des
Parteirats der Partei Die Linke am 27.06.2026**



Verlauf der Sitzung:

TOP 1 Eröffnung und Konstituierung

- Die Tagesordnung wurde am 29. Mai 2026 fristgerecht verschickt.
- Vorlagen für die Beratung sind:
 - Vorlage 2026/017: Änderungsantrag Tagesordnung und Zeitplan
 - Vorlage 2026/018: BPT Potsdam Überweisungen an PR Anträge und ÄA
 - Vorlage 020D+Ä1: Dringlichkeitsantrag
 - Vorlage 2026/008+Ä1: Sicherheit statt Vaterlandsverteidigung (zurückgezogen)
 - Vorlage 2026/009+Ä1: Für die Souveränität der Völker im Iran und überall
 - Vorlage 2026/006: Antrag auf Anerkennung BAG Antifaschismus (zurückgestellt)
- Das Präsidium unterbreitete einen Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung, dieser wurde mehrheitlich bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen und der geänderten Tagesordnung zugestimmt.
- Die Beschlussfähigkeit wurde um 10.12 Uhr festgestellt.

TOP 2 Auswertung Bundesparteitag

- Der Bundesgeschäftsführer Janis Ehling berichtete vom Parteitag:
- Themen waren u.a.:
 - Beschlüsse und Außenbild des Parteitages
 - Antragsverfahren, Räumlichkeiten, Ablauf allgemein
- Der Parteivorsitzende Luigi Pantisano ergänzt:
 - schwieriger Start, Äußerung zur CDU und Wahlergebnis auf dem Parteitag selbst waren Themen
 - Frage zum antifaschistischen Grundverständnis
 - will Arbeiter*innen stärker in den Fokus rücken
- In der Auswertung durch die Mitglieder des Parteirates wurde der Bundesparteitag insgesamt unterschiedlich bewertet:
 - Umgang miteinander und innerparteiliche Debattenkultur, Wunsch nach

mehr Transparenz bei gesetzten Redebeiträgen, insbesondere in der Generaldebatte.

- Bedarf nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten für neue Mitglieder und Delegierte
- Nachbereitung der Debatten zu Nahost/Westasien, Sexarbeit, Gehaltsdeckel und Faschismusbegriff
- Stärkere Einbindung migrantischer Perspektiven
- Sichtbarkeit älterer Mitglieder sowie sozialer Fragen wie Gesundheit und Pflege
- Verhältnis zur CDU im Kontext antifaschistischer Strategie, Zusammenhang von Aufrüstung, Sozialkürzungen und antimilitaristischer Politik
- Rolle des Parteirates als Ort für Austausch, Verständigung und Weiterentwicklung der Debattenkultur

Überwiesene Anträge des Parteitages an den Parteirat

• Antrag D.08 „Die Zeit ist jetzt - World Pride 2032 in Deutschland“

- Der Antrag der BAG Queer wurde eingebracht. Ziel des Antrags ist die Unterstützung einer Bewerbung für den World Pride 2032 in Deutschland bzw. Berlin.
- Die Antragstellenden baten darum, den Antrag an den Parteivorstand zu überweisen, damit dieser öffentlichkeitswirksam beraten und begleitet werden kann. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass der Parteirat eigenständig beschlussfähig ist und nicht hinter den Parteivorstand zurücktreten sollte.
- Der Antrag wurde angenommen. Der Parteivorstand wurde zusätzlich aufgefordert, den Beschluss ebenfalls zu treffen bzw. politisch und medial zu unterstützen – **Beschluss: 2026/018-D.08**

• Antrag G.06: „Leerer Bauch studiert nicht gern!“ – Für ein kostenfreies Mittagessen in Schulen & Kitas

- Der Antrag des Landesverbandes Brandenburg wurde eingebracht. Hintergrund ist eine laufende Volksinitiative in Brandenburg für kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen. Begründet wurde der Antrag mit Kinderarmut und der Bedeutung einer gesunden Mahlzeit für Bildung, Teilhabe und Betreuung.
- Der Antrag wurde in geänderter Fassung, mit Teilübernahme des AA der BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX einstimmig angenommen.

Beschluss: 2026/018-G.06

• Antrag P.02: „Antrag gegen das Vergessen“

- Der Antrag des Stadtverbandes Chemnitz und weiterer Antragstellenden wurde eingebracht. Ziel des Antrags ist eine stärkere Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus insbesondere mit Blick auf behindertenfeindliche Gewalt und Verbrechen.
- Zum Antrag lag ein Änderungsantrag der BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX vor. Der Änderungsantrag zielte darauf, migrantische und intersektionale Perspektiven stärker einzubeziehen und kein Leid gegen anderes Leid aufzuwiegen. In der Debatte wurde außerdem auf eine historisch präzisere Formulierung hingewiesen.
- Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen. Der Antrag P.02 wurde in geänderter Fassung beschlossen.

Beschluss: 2026/018-P.02

• **Antrag P.13: „Georg Elser gehört in unsere Straßen, Plätze und Schulen – für mehr zivilgesellschaftlichen Mut und antifaschistisches Gedenken vor Ort“**

- Der Antrag des Stadtverbandes Leipzig wurde eingebracht. Ziel ist es, Georg Elser stärker als antifaschistischen Widerstandskämpfer sichtbar zu machen. Der Antrag fordert, sein Wirken stärker in die gesellschaftliche und innerparteiliche Erinnerungskultur einzubringen.
- Der Antrag wurde bei zwei Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: 2026/018-P.13

Mittagspause bis 12:30

• **Dringlichkeitsantrag**

- Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde ein noch offener Dringlichkeitsantrag behandelt. Anlass war die Entscheidung der EU-Kommission, männlich registrierten ukrainischen Staatsbürger:innen im Alter zwischen 23 und 60 Jahren künftig grundsätzlich keinen vorübergehenden Schutz mehr bei Einreise in die EU zu gewähren.
 - Der Antrag wurde bei zwei Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: 2026/020D Dringlichkeitsantrag

TOP 3 Westasien

- Theo Glauch und Markus Pohle aus dem Parteivorstand berichteten über die Verhandlungen zum Nahost-/Westasien-Antrag des Bundesparteitages. Hervorgehoben wurde, dass trotz 126 Änderungsanträgen ein breit getragener Kompromiss erreicht werden konnte. Der Beschluss wurde als wichtige gemeinsame Arbeitsgrundlage bewertet, auch wenn er keine abschließende gemeinsame Analyse des Konflikts darstellt.

Schwerpunkte der Debatte waren u. a.:

- Einordnung des Völkermords in Gaza. Existenzrecht Israels und gleiche Rechte für

alle Menschen. Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

- Repressionen gegen palästinasolidarischen Protest in Deutschland
- Waffenexporte Deutschlands nach Israel
- Sanktionen gegen den Iran
- Rolle Deutschlands und der USA im Nahen und Mittleren Osten
- Friedenspolitische Perspektiven für die gesamte Region Westasien
- Mehrere Wortmeldungen mahnten an, dass zukünftige Parteitage, trotz der Bedeutung internationaler Konflikte, wieder mehr Raum für kommunale, sozial- und wirtschaftspolitische Themen schaffen sollten.
- Die Beschlussvorlage 008 zum Thema wurde von den Antragstellenden zurückgezogen, die 009 nach entsprechendem Geschäftsordnungsantrag, der die Mehrheit fand, nicht behandelt

TOP 4 Sozialstaatsproteste

- Die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner berichtet über die Sozialstaatsproteste.
- Themen waren u.a.:
 - Es bestand Einigkeit, dass die Partei nach dem Bundesparteitag den Schwerpunkt wieder stärker auf soziale Kämpfe legen muss.
 - Hervorgehoben wurde der Zusammenhang zwischen Aufrüstung, Kürzungspolitik und Sozialabbau.
 - Die Partei soll sich in den kommenden Monaten verstärkt an den geplanten Sozialstaatsprotesten beteiligen und diese politisch unterstützen.

TOP 5 Weitere Vorlagen

Antrag G.03/G.38: „Völkerrechtsbruch stoppen – zivile Konversion starten! Ramstein und alle US-Stützpunkte in Deutschland schließen“

- Die Anträge G.03 und G.38 werden aufgerufen. Die Antragstellenden geben bekannt, einen geeinten Antrag aus den Anträgen G.03 und G.38 aufrufen zu können. Während der Beratung wurde kritisiert, dass den Parteiratsmitgliedern zunächst keine konsolidierte Antragsfassung vorlag.
- Nach Geschäftsordnungsdebatte wurde entschieden, den geeinten Antrag allen Mitgliedern kurzfristig zur Verfügung zu stellen und die Beratung nach einer Lesepause fortzusetzen.
- In der Debatte wurde insbesondere die Frage diskutiert, ob der Antrag ausreichend konkrete politische Handlungsaufträge enthält oder überwiegend bereits bestehende friedenspolitische Positionen bekräftigt.
- Befürwortend wurde hervorgehoben, dass insbesondere für Rheinland-Pfalz mit den Militärstandorten Ramstein und Büchel ein aktueller politischer Handlungsbedarf bestehe und der Antrag hierfür eine wichtige Grundlage bilde.
- Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

TOP 5: Verschiedenes

- Die nächste Sitzung des Parteirates findet am **26./27. September in Berlin** statt.
- Der Antragsschluss ist der **5. September**.
- Das Präsidium kündigte zwei inhaltliche Schwerpunkte an:
 - Vorbereitung der Europawahl und frühzeitige europapolitische Programmdiskussion
 - Industrie- und Wirtschaftspolitik, insbesondere Fragen der Transformation, Beschäftigung und Konversion
- Die Mitglieder wurden gebeten, diese Themen bereits im Vorfeld mit ihren Landesverbänden, Zusammenschlüssen und Fraktionen zu beraten.
- Diskutiert wurde außerdem die Aufgabenverteilung zwischen Parteirat, Parteivorstand und Präsidium sowie die Stellung des Parteirates innerhalb der Parteistrukturen.
- Es wurde auf den industriepolitischen Gipfel am **31. Oktober** gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion hingewiesen.
- Das Präsidium verwies auf die umfangreichen Aufgaben bis zur nächsten Sitzung und schloss die Beratung mit dem Ausblick auf die Präsenzsitzung im September.

17.05 Uhr Ende der Beratung

27. Juni 2026

F. d. R.: i.V. Marco Rauch

Gunhild Böth (NRW)
Suzana Kamperidis (Hamburg)
Luisa Mayer (Linksjugend)
Martin Günther (Brandenburg)
Carsten Labudda (BAG Kommunalpolitik)
Hermann Schaus (Hessen)